

**Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen****Hilfesystem für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder überprüfen**

Bremen steht für ein frauengerechtes Hilfe- und Unterstützungssystem für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder. Neben den Bremer Frauenhäusern, die Frauen, die von Gewalt betroffen sind, aufnehmen und ihnen Schutz und Unterstützung bieten, gibt es mittlerweile eine Vielzahl von staatlichen und nicht staatlichen Hilfe- und Beratungseinrichtungen in Bremen und Bremerhaven. Sie bieten Beratungen für Frauen in von Gewalt geprägten Beziehungen und begleiten sie auch auf dem Weg aus diesen Beziehungen. Die benötigte Hilfe und Unterstützung ist oft vielschichtig und umfassend und erfordert viel Erfahrung, Expertise und Zeit. Die Vielzahl der Angebote führt aber auch dazu, dass aktuell kaum noch überschaubar ist, ob sie wirklich alle Hilfe suchenden Frauen in Bremen und Bremerhaven erreichen und ob Frauen ihren Bedürfnissen entsprechend immer das Angebot finden, das sie in ihrer spezifischen Situation benötigen. Darüber hinaus ist unklar, ob die Angebote so ausgestattet sind, dass betroffenen Frauen diese Hilfe auch zeitnah und verlässlich zur Verfügung steht. Schließlich gilt es zu prüfen, ob die finanzielle Ausstattung der Hilfeeinrichtungen angesichts der gleichbleibenden Anzahl der von häuslicher Gewalt betroffenen Frauen ihren Aufgaben auch tatsächlich (noch) entspricht.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. zu überprüfen, ob das bestehende Hilfesystem für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder die flächendeckende, qualifizierte Unterstützung, Begleitung und den Schutz betroffener Frauen und ihrer Kinder sicherstellt.
2. zu prüfen, ob die Qualifikation der Beratenden und die finanzielle Ausstattung der Hilfeeinrichtungen ausreichen, um allen Hilfe suchenden Frauen frauen- und gewaltspezifische Beratung, Begleitung und Unterstützung zu gewährleisten.
3. dem Gleichstellungsausschuss innerhalb von sechs Monaten einen Bericht über die Ergebnisse der Evaluation vorzulegen und darzustellen, wie eventuell identifiziertem Handlungsbedarf entsprochen werden kann.

Sybille Böschen,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Doris Hoch,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen